



Bestimmte Tageszeitung... Die Berliner Tageblatt... Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 453

Abonnementpreise... Berliner Tageblatt... Druck und Verlag: Rudolf Hoffmann in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 453 - Ausgabe A Nr. 246 und Handels-Zeitung Freitag, 26. September 1919 48. Jahrgang

Die Kämpfe gegen die bolschewistischen Armeen.

Zur Einnahme Kirows und Odesas durch die Antibolschewisten. — Föderative Angliederung der Ukraine an England. — Koltshaks Gegenoffensive.

v. C. Die jüngst erfolgte Einnahme Kirows und Odesas durch die Truppen der freiwilligen Armee hat den Sieg nicht nur fast zwei Jahre in Südrussland mit wechselndem Erfolg tobenden Kampf wieder in den Vordergrund des Interesses gerückt.

Die stärkste antibolschewistische Kräftegruppe in Südrussland ist die freiwillige Armee des Generals Denikin. Sie bildete sich im Frühjahr 1918 im Dongebiet, nachdem die Ukraine durch die Deutschen Truppen vom Bolschewismus befreit worden war.

Im Juni in der Ukraine bereitete während dieser Zeit der General Skoropadski. Er vermochte während der acht Monate der bolschewistischen Besetzung nicht, so weit die Sympathien des Volkes zu gewinnen, daß er zur Bildung eines nationalen Heeres fähig war.

Das Vordringen der roten Armee im Gouvernement Charkow brachte die Donkosaken in eine sehr schwierige Lage, da die linke Flankenablenkung, die sie bisher an den Deutschen gehabt hatten, nunmehr in Wegfall kam.

Die freiwillige Armee ergriff nunmehr im Verbund mit den Don-, Kuban- und Terek-Kosaken im Mai die Offensive. Unterstützt durch Lieferungen der Engländer, die ihr über Anzoroffskij zugeführt wurden, vertrieb sie bis Ende Juni die Roten aus Jarzich, Charkow und dem Arzow, und ging dann auf Kirow los.

Eingreifen amerikanischer Truppen in Dalmatien.

Amerikanische Marineinfanterie gegen d'Annunzios Truppen. Der Rückzug der Italiener aus Trau erzwungen.

Spalato, 24. September. (Weld. d. Südlawischen Pressur.) Schien nachmittags begann eine südlawische Truppenabteilung in der Richtung auf die von den Italienern besetzte Stadt Trau vorzudringen, als ein amerikanischer Kreuzerbesatzungserker in den Hafen einlief, um den Rückzug der Italiener auf die Demarkationslinie zu erzwingen.

Nach „Chicago Tribune“ haben die amerikanischen und französischen Kriegsschiffe, die seit dem 11. November

im Hafen von Venedig liegen, Befehl erhalten, die von Triest aus ankommenden Schiffe abzuholen, um mit ihnen die Gewässer des Adriatischen Meeres zu verlagern.

„Corriere della Sera“ sucht die dalmatinischen Nachrichten abzuschwächen. Die Nachricht sei offenbar übertrieben. Es handelte sich nur um eine Ueberumpelung Traus durch eine Anzahl freiwilliger.

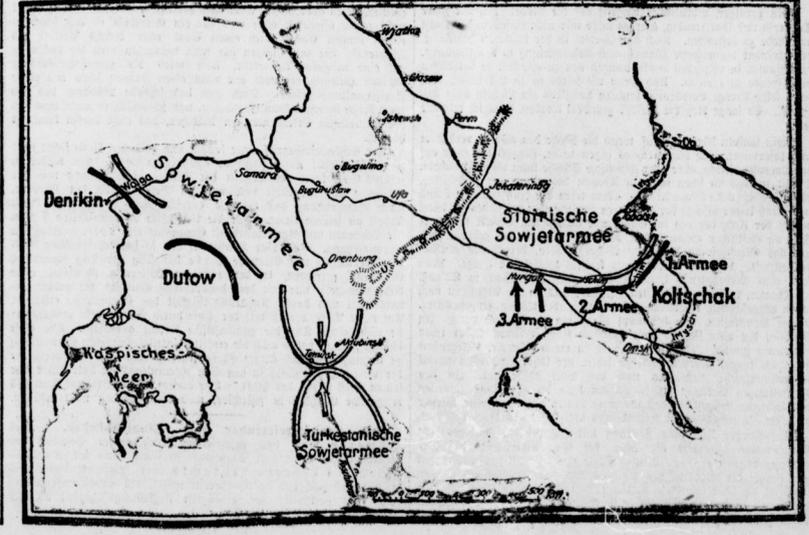
Die Pariser Depesche des „Corriere della Sera“ deutet an, daß Wilson allen italienischen Ansprüchen noch schärfer als bisher entgegengetreten sei.

D'Annunzio erließ ein stammendes Manifest an die Dalmatiner, worin er die Befreiung Dalmatiens bis Bozoe di Cattaro verspricht. Sein Heer machte tagtäglich und wurde immer entschlossener, disziplinierter und kampftüchtiger.

sich im Juni mit den ostgalizischen Truppen von Petruschewitsch vereinigt, die vor den überläufigen Polen ihre Heimat hatten räumen müssen. Er schloß mit den Polen einen einmütigen Waffenstillstand und setzte nun seine familiären Kräfte zur Offenbarung von Südrussland auf dem Arzow an.

Die weitere Gestaltung der Ereignisse in der Ukraine wird davon abhängen, ob eine Einigung zwischen Denikin und Petruscha zustande kommt.

Denikin hat sich nämlich neuerdings für den föderativen Wiederaufbau Russlands entschieden und ist damit den politischen Wünschen Petruschas entgegengekommen.



Deutsch-englischer Veredelungsverkehr ohne Barzahlung.

Amsterdam, 25. September. (M. T. Z.)

Zur Frage der Veredelung eines britisch-deutschen Handelsvertrages in Berlin wird berichtet: Die britische Handelsmission in Berlin hat sich mit dem Reichsamt für den britischen Beamtigen geeinigt, so daß eine Genehmigung des betreffenden Landes für Waren nach Deutschland eingeführt aber aus Deutschland ausgeführt werden können. Der Plan wird demnächst dem britischen Handelsminister zur Billigung vorgelegt werden. Wegen der tief liegenden deutschen Waizen ist es nicht, daß die Veredelung der Waren nicht in Berlin selbst, sondern in Rotterdam erfolgt. Die englischen Geschäftleute möchten Rohstoffe nach Deutschland senden, die in den Fabriken verarbeitet und in ihrer neuen Form aus Deutschland zurückgeschickt werden. Die Fabriken würden gegen die verarbeiteten Produkte neue Rohstoffe erhalten. Der Vorschlag der britischen Handelsmissionserfasser, es würde eine Dummheit sein, darauf zu bestehen, daß England mit Deutschland keinen Handel mehr treiben dürfte. Der Handel ist seit jeder der letzten Jahre in England gewesen und würde es auch jetzt sein. Der militärische Geist in Deutschland ist vollkommen getötet, und die neue Regierung ist fest entschlossen, eine vollkommen positive Politik zu verfolgen.

Kabarett über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens.

Bern, 25. September. (M. T. Z.)

Kabarettist gewährt einem Redakteur eine Unterredung, in der er die Nothlage dementiert, daß er die Nothlage, zurückzuführen. Er lagte in der Unterredung, daß es auch aus den wirtschaftlichen Nothlagen nicht folgt, daß die wirtschaftlichen Lage Polens nicht völlig hofflos, so führte er aus, habe weder Kolonialwaren, noch Eisenwaren, noch Rohstoffe, es hänge alles fast für eine Genesung von Ausland ab. Wenn es auch Petroleum und Holz in Mengen blasse, so könne es die Güter infolge des Mangels an Transportmitteln nicht ausführen und verkaufen. Der Redakteur ist in der großen Gefahr, sich zu verlieren. Wenn es unter einem Privortium das Nothlage in sich bergen, vor allem die Gefahr der Revolution.

Spitzbergen Norwegen zugelassen.

Berlin, 25. September. (M. T. Z.)

Der Führer hat Spitzbergen Norwegen zugelassen unter gewissen Einschränkungen hinsichtlich der von Fremden erworbenen Rechte und der Ausbeutung der Mineralien. Das Verbot wurde auf Wunsch Portugals die Enclave von Pingo in Norden der Kolonie von Mozambique, die von Deutsch-Ostafrika getrennt wird, Portugal zugelassen. Die Gebiete an der Grenze von Polen, die wohl die der Linie liegen, die zwischen dem Reich und dem Ausland verlaufen dürfen, wurden ebenfalls Polen zugelassen. Weiter die Weibung ist dieser Linie ist noch keine Bestimmung getroffen worden.

Die Beratungen der einzelstaatlichen Finanzminister.

(Telegramm unferes Korrespondenten.)

Wien, 25. September.

Über die Finanzministerkonferenz gibt die bayerische Regierung eine amtliche Mitteilung heraus, nach der die Finanzminister der großen Reichsstaaten sich am 23. September in Wien zum erstenmal getroffen haben, um sich über die Verhältnisse der Finanzverwaltung zu unterrichten. Die Besprechungen trugen den Charakter einer unerschütterlichen Aussprache an sich und es gelang, hierüber für die künftige Entwicklung der Finanzen einen sehr wichtigen Punkt zu erörtern, welche den Lebensnerven der Finanzen sind die öffentlichen Finanzen. Die Besprechungen trugen den Charakter einer unerschütterlichen Aussprache an sich und es gelang, hierüber für die künftige Entwicklung der Finanzen einen sehr wichtigen Punkt zu erörtern, welche den Lebensnerven der Finanzen sind die öffentlichen Finanzen.

Theater im Reich.

Richard Stowornetz's neues Lustspiel „Die gute Nacht“ wurde bei der Aufführung in Hamburg ein großer Erfolg. Der Autor hat sich für die künftige Entwicklung der Finanzen einen sehr wichtigen Punkt zu erörtern, welche den Lebensnerven der Finanzen sind die öffentlichen Finanzen.

Theaterkritik.

Am 25. September beginnt die heutige Aufführung von Wolf Sanders Drama „Christi“ die 2. Akt am 1. Oktober.

Wirtschaftliche Nachrichten.

Am 25. September wird am Reichstag die von dem Reichsamt für den britischen Beamtigen genehmigte Genehmigung des betreffenden Landes für Waren nach Deutschland eingeführt aber aus Deutschland ausgeführt werden können.

Dieser Verkehr hat M. T. Z. eine Erklärung des preussischen Finanzministers. Die Reichsamt hat sich bereit, die durch die neue Reichsamtverordnung bedingten Eingangssteuern einzuführen, die mit der Hebertragung der einzelstaatlichen Finanzen verbunden sind. Die Reichsamt hat sich bereit, die durch die neue Reichsamtverordnung bedingten Eingangssteuern einzuführen, die mit der Hebertragung der einzelstaatlichen Finanzen verbunden sind.

Die neuen Beamten.

Grundlose Klagen der Deutschnationalen.

Im Haushaltsausschuss der preussischen Nationalversammlung haben die Deutschnationalen wieder einmal die Regierung vorgeworfen, daß bei der Vergütung der politischen Beamtenposten die Sozialdemokraten zu reich bezahlt wurden. Der Minister des Innern hat diese Angriffe zurückgewiesen. Die Deutschnationalen haben unferes Gladens kein Recht und auch keine Veranlassung, sich über die Art, wie die Stellenbelegungen in der Republik erfolgen, zu beklagen. Jeder dem Reichertum mühte ein Kandidat, der berücksichtigt werden wollte, selbstverständlich innerhalb der Grenzen, die während ihrer Kandidatur einem künftigen Reichertum und später einem besonders vornehmen Regiment angedeutet hatten, wurden bezogen. Es wäre nur natürlich, wenn unter der Republik die Mitglieder der konservativen, antidemokratischen Kreise ebenso von den Amnestien ausgeschlossen würden, wie früher die Vertreter einer demokratischen Weltanschauung ausgeschlossen waren. Aber die Republik verfährt, wie schon ein Paar mal gesagt wurde, den Konservativen gegenüber gar nicht so hart. Sie überläßt ihnen noch die wichtigsten Plätze. Zum Regierungspräsidenten in Gumbinnen beispielsweise ist der Deutschnationalen noch nicht sehr schmeichelnde Herr v. Braun ernannt worden. Regierungspräsident in Potsdam soll, einer Meldung zufolge, Herr v. Scharf sein. Ein Sohn des verstorbenen Generaladjutanten und Feldmarschalls, dem Reichertum ist gegenüber das Zentrum aller reaktionären, antisemitischen, konterrevolutionären Bestrebungen. Gerade dorthin würde man vielleicht besser einen Regierungspräsidenten legen, der nicht in den Verdacht geraten könnte, mit den fremden und intriganten Anhängen des alten Reiches allzu freundschaftlich verhandeln zu sein. Wie wollen sie hoffen, daß man nicht nötig haben wird, der Republik zu sagen, sie sei in diesen Verhältnissen weniger weitgehend als weitgehend gewesen. Allerdings ist nicht zu betonen, daß bei den Belegungen auch für die Ausbreitung des sozialdemokratischen Einflusses brav getagt ist. Nur die sozialistische Demokratie scheint, zwischen Konservativen und Sozialdemokraten, ziemlich unbeschadet zu bleiben, obwohl doch wohl gerade sie eine recht große Anzahl von Kräften, die wertvoll für die Erneuerung des Staatswesens werden könnten, besitzt.

Die Hoffnung auf die Monarchie.

Das Ergebnis eines deutschnationalen Parteitag.

Die Deutschnationalen hoffen stark auf eine Rückkehr der Hohenzollernmonarchie. Allerdings wollen sie nicht — so verhalten sie wenigstens in der Öffentlichkeit — den Sturz der Republik gewaltsam herbeiführen, sondern sie rechnen mit einem allmählichen Anwachsen der Stimmung für eine Monarchie. Am Dienstag tagte in Breslau der Landesverband der deutschnationalen Volkspartei für Mitteldeutschland. Diesen Anlaß benutzte der frühere Finanzminister Herzog, um für die Monarchie wieder ausgiebig Propaganda zu machen. Nach der Anwesenheit lagte der deutschnationale Führer: Wir machen es ohne Gegenüberstellung. Der Gedanke der Monarchie ist auf dem Wege, sich wieder zu erheben. Eine Zweidrittelmehrheit im Parlament genügt dazu. Wenn das ganze Volk es verlangt, früher oder später, so werden wir die Monarchie haben, und zwar die Hohenzollernmonarchie. In einer Entscheidung wird jedes Vorkommen mit den heutigen Machtverhältnissen verknüpft und ausgedrückt alle Hoffnung auf die Rückkehr der Monarchie. Die Monarchie ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen wird. Die Monarchie ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen wird. Die Monarchie ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen wird.

Die Parteiführung.

Da der Parteitag nun aber bei der Arbeit war, durfte auch die Parteiführung nicht ungenutzt bleiben. Der Parteitag schloß sich auf dem Reichertum des Landesverbandes ab. Die Parteiführung wird die Parteiführung sein. Die Parteiführung wird die Parteiführung sein. Die Parteiführung wird die Parteiführung sein.

Eine Falschung.

Die von „Kattol“ aus Breslau gemachte Nachricht, daß die Besetzung Oberdeutschlands durch die Entente-Truppen nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages seitens Frankreichs und Italiens erfolgen werde, war, wie der „Kattol“ jetzt selbst mitteilt, gefälscht. (Die Nachricht war einseitig von Wolffschen Telegrammagenten verbreitet worden. Die Red.)

Eine nicht abgehaltene Reichsraatsitzung.

Der fehlende Reichsminister für den Reichertum.

Der Reichstag, die etwa dem früheren Bundesrat entsprechende parlamentarische Körperschaft, wollte gestern nachmittag zu einer öffentlichen Sitzung zusammenkommen. Die Vertreter der Einzelstaaten waren zu dem auf 4 Uhr festgesetzten Sitzungsbeginn vollständig erschienen. Verfassungsbeschwerden aus dem Reichsamt für den Reichertum wurden in der öffentlichen Sitzung der Reichsraatsitzung in Frage kommende Reichsfinanzminister Erberger stellte sich jedoch nicht ein. Er war durch eine plötzlich angelegte Beratung über das Reichsnotopfer am Reichertum verhindert. Da es nicht gelang, einen anderen Reichsminister aufzufinden, der als an der Tagesordnung interessierter Reichsminister den Reichstag hätte übernehmen können, konnte die Sitzung nicht stattfinden.

Nach Vertheilung des üblichen akademischen Vortrags gingen die Reichsraatsmitglieder wieder auseinander. Jedoch war nicht die öffentliche Sitzung des Reichsraats am 25. September, sondern die öffentliche Sitzung des Reichsraats am 26. September, die stattfinden sollte.

Die nächste öffentliche Sitzung des Reichsraats findet Freitag am 27. September um 5 Uhr statt, mit der Tagesordnung der heute umständlich gewesenen Sitzung. Auf der umfangreichen Tagesordnung stehen unter anderem auch die Kriegsgesellschaften. Dazu ist von bayerischen Vertretern dem Reichstag folgender wichtige Beschluß vorgelegt:

1. eine Aufstellung über die Kriegsgesellschaften, die Reichsregierung zu erlassen, den Reichsraatsmitgliedern der Reichsregierung, der Reichsregierung und des Reichsraats einzuweisen, der mit der Kriegsgesellschaften zu prüfen (sowohl die wirtschaftlichen und finanziellen Ergebnisse ihrer Tätigkeit als die Verwendung ihrer finanziellen Erträge) festzustellen, endlich, soweit erforderlich, die Frage der Liquidierung der Kriegsgesellschaften zu beauftragen. Dieser Ausschuss wäre durch Genehmigung der Reichsraatsmitglieder und durch Verwendung vorhandener Leute über die Kriegsgesellschaften zu veröffentlichen.
2. eine Aufstellung über die Kriegsgesellschaften, die Reichsregierung zu erlassen, den Reichsraatsmitgliedern der Reichsregierung, der Reichsregierung und des Reichsraats einzuweisen, der mit der Kriegsgesellschaften zu prüfen (sowohl die wirtschaftlichen und finanziellen Ergebnisse ihrer Tätigkeit als die Verwendung ihrer finanziellen Erträge) festzustellen, endlich, soweit erforderlich, die Frage der Liquidierung der Kriegsgesellschaften zu beauftragen. Dieser Ausschuss wäre durch Genehmigung der Reichsraatsmitglieder und durch Verwendung vorhandener Leute über die Kriegsgesellschaften zu veröffentlichen.

Der Heizerstreik in den Siemens-Werken.

Wie wir im gestrigen Abendblatt berichteten, hatten die Heizer und Maschinenisten in der Metallindustrie ein Stillstand gestellt. Die Direktion der Siemens-Werke hatte die Forderungen abgelehnt und in einem Aufschub bekannt gegeben, daß mit einem Streik der Heizer eine Stilllegung aller Betriebe in Siemens-Werken erfolgen müßte. Soweit sich die Arbeiterorganisation gebunden hat, mit Ausnahme der Heizer, einverstanden erklärt, müßte die Stilllegung erfolgen. Gestern abend 6 Uhr fand eine Sitzung der Heizer statt, bei der beschlossen wurde, daß der Streik fortgesetzt werden soll. Die Forderungen sind nicht erfüllt worden, unbedingt in den Streik treten; ebenso auch bei allen übrigen Zweigen der Metallindustrie. Wie die Direktion der Siemens-Werke mitteilt, haben die Arbeiter selbst die dringenden Hoffnungen nicht ausgeführt, so daß die Gefahr der völligen Stilllegung der Werke vorliegt. Das hätte zur Folge, daß die Siemens-Werke in den nächsten Tagen in die Lage versetzt, da die streikenden Heizer vom Gesamtwerk der Arbeiter mit dem Streik verbunden. Gestern wurde eine von Transportarbeiterverband einberufene Versammlung von den Streikenden gefordert.

Verhärfung der Streiklage in Gletten.

(Telegramm unferes Korrespondenten.)

X Gletten, 25. September.

Die Lage in Gletten ändert sich zu verhärfen. Die Arbeiter haben in den letzten Tagen die Forderungen nicht erfüllt. Die Forderungen sind nicht erfüllt worden, unbedingt in den Streik treten; ebenso auch bei allen übrigen Zweigen der Metallindustrie. Wie die Direktion der Siemens-Werke mitteilt, haben die Arbeiter selbst die dringenden Hoffnungen nicht ausgeführt, so daß die Gefahr der völligen Stilllegung der Werke vorliegt. Das hätte zur Folge, daß die Siemens-Werke in den nächsten Tagen in die Lage versetzt, da die streikenden Heizer vom Gesamtwerk der Arbeiter mit dem Streik verbunden. Gestern wurde eine von Transportarbeiterverband einberufene Versammlung von den Streikenden gefordert.

Der Sturz des Reichsfinanzministers.

Annahme durch den Ausschuss der Nationalversammlung. — Keine Aufhebung des Belagerungszustandes.

Im Haushaltsausschuss der Nationalversammlung empfahl im letzten Verlauf der gestrigen Beratung (siehe Abendblatt) Abg. Dr. Stowornetz (Bayern) die gute Nacht. Die Nationalversammlung hat die Forderungen abgelehnt und in einem Aufschub bekannt gegeben, daß mit einem Streik der Heizer eine Stilllegung aller Betriebe in Siemens-Werken erfolgen müßte. Soweit sich die Arbeiterorganisation gebunden hat, mit Ausnahme der Heizer, einverstanden erklärt, müßte die Stilllegung erfolgen. Gestern abend 6 Uhr fand eine Sitzung der Heizer statt, bei der beschlossen wurde, daß der Streik fortgesetzt werden soll. Die Forderungen sind nicht erfüllt worden, unbedingt in den Streik treten; ebenso auch bei allen übrigen Zweigen der Metallindustrie. Wie die Direktion der Siemens-Werke mitteilt, haben die Arbeiter selbst die dringenden Hoffnungen nicht ausgeführt, so daß die Gefahr der völligen Stilllegung der Werke vorliegt. Das hätte zur Folge, daß die Siemens-Werke in den nächsten Tagen in die Lage versetzt, da die streikenden Heizer vom Gesamtwerk der Arbeiter mit dem Streik verbunden. Gestern wurde eine von Transportarbeiterverband einberufene Versammlung von den Streikenden gefordert.

Die Nationalversammlung hat die Forderungen abgelehnt und in einem Aufschub bekannt gegeben, daß mit einem Streik der Heizer eine Stilllegung aller Betriebe in Siemens-Werken erfolgen müßte. Soweit sich die Arbeiterorganisation gebunden hat, mit Ausnahme der Heizer, einverstanden erklärt, müßte die Stilllegung erfolgen. Gestern abend 6 Uhr fand eine Sitzung der Heizer statt, bei der beschlossen wurde, daß der Streik fortgesetzt werden soll. Die Forderungen sind nicht erfüllt worden, unbedingt in den Streik treten; ebenso auch bei allen übrigen Zweigen der Metallindustrie. Wie die Direktion der Siemens-Werke mitteilt, haben die Arbeiter selbst die dringenden Hoffnungen nicht ausgeführt, so daß die Gefahr der völligen Stilllegung der Werke vorliegt. Das hätte zur Folge, daß die Siemens-Werke in den nächsten Tagen in die Lage versetzt, da die streikenden Heizer vom Gesamtwerk der Arbeiter mit dem Streik verbunden. Gestern wurde eine von Transportarbeiterverband einberufene Versammlung von den Streikenden gefordert.

Oberbürgermeister Wermuth über die Winterverföorgung Berlins.

Große Ernährungsschwierigkeiten. — Kein Fleisch — keine Milch.

Aus Anlaß der Beratungen über einen Antrag wegen der Gemüße- und Obstversorgung Berlins ergriß gestern Oberbürgermeister Wermuth in der Berliner Stadtverordnetenversammlung das Wort, um mit dankenswerter Unterstützung die schwierigen Verhältnisse, in denen sich gegenwärtig die Lebensmittelversorgung Berlins befindet, darzulegen. Die Mitteilungen des Oberbürgermeisters sind geeignet, eine Geßahr zu enthüllen, die in eingeweihten Kreisen schon lange besprochen wurde, ohne daß man es bisher wagte, sie in ihrem vollen Umfange der Öffentlichkeit preiszugeben. Man wußte schon lange, daß Berlin förmlich systematisch vom höchsten Lande isoliert wird. Jedes Viehfleisch, das in fast allen Kleinstädten mangellos im Ueberflusse zu haben ist, bekommt in der Berliner Bevölkerung in kaum erwähnenswerten Mengen, außer wenn sie die teuren Sechschelbelpreise anzuzeigen in der Lage ist. Die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung muß wochenlang warten, bevor sie wenige Gramm Fleischfleisch erhält. Milch wird seit Wochen entweder in verdorbenen Zuständen oder nur in geringen Mengen eingeführt. Nicht anders steht es mit den übrigen Nahrungsmitteln. Diesen Zuständen muß jetzt ein Ende gemacht werden und die Städt des Oberbürgermeisters in die Verantwortlichkeit wird hoffentlich hierzu am schnellsten beitragen. Nachfolgend:

und Obstpreisen hätten. Der Großhandel müße überhaupt ausgeschlossen werden. Der Verlust, den die Stadt bei der Gemüßversorgung gehabt habe, müße veranschlagt werden. Die Stadt öhne den Beistand ertragen, aber der Kleinhandeler schlage ihn auf andere Waren an. (Widerpruch; Ja!) Und die Stadt erhöhte die Steuern! Agrarier, Großhändler und Kleinhandeler hätten sich während des Krieges als „geiligt“ gemacht. Die Kolonialwarenhandeler, die vor dem Kriege 1 bis 2 Pfennig am Pfund Zucker verdienten, hätten jetzt daran einen Gewinn von 20 Prozent, an Celerindien, die vier Mark pro Büchse lösten, würden vom Kleinhandeler 30 Pfennig verdient. Stadtverordneter Gings dankte dem Oberbürgermeister Wermuth für sein mannhaftes Eintreten für die Versorgung Berlins mit Lebensmitteln.

Darauf ergriß Oberbürgermeister Wermuth das Wort. Er führte aus: „Die deutschen Städte haben in den Kriegsjahren an außerordentlichen Kriegsausgaben mindestens 30 bis 40 Milliarden Mark aufgebracht. Davon entfallen auf Groß-Berlin förmlich mindestens 3 bis 4 Milliarden Mark. Wir sind damit den einzigen Weg gegangen, der zur Erhaltung des Lebens und der Gesundheit der Bevölkerung überhaupt beitragen konnte. Wir haben die finanziellen Zustände der Gemeindeverwaltung in den denkbar engsten Grenzen gehalten bis auf die letzte Zeit, wo Reich, Staat und Gemeinden an die große Aktion zur Verbilligung der Lebensmittel geschritten sind. Was uns ist die Gewissung, so daß hauptsächlich beim Gemüße und wohl auch bei den Kartoffeln sich eine bedeutende Zufuhrmöglichkeit anzuweit hat. Dagegen liegt die Milchversorgung sehr im Argen. Ich halte den kommenden Ernährungskrieg nicht für ganz gefährlich, trotz der guten Ernte. Bei den Kartoffeln, dem Getreide und dem Brot hatten wir noch immer an der Hoffnung fest, daß die bisherige Wirtschaft sich auch weiter als wirksam erweisen wird. Aber beim Fleisch ist die Lage doch im Augenblick so geworden, als ob wir inländische Viehbestände überhaupt nicht mehr besitzen. Die Rationen der Viehhändlerverbände sind auf dem Rückpunkt angelangt, und wir werden erneut mit Konserven, dem letzten Auslandsfleisch und mit Vorkräpfungen, das bald inländische Vorkräpfungen kommen, abgekommen. Zu diesen Verhältnissen stellt sich nun noch eine neue Gefahr. Brandenburgerische Grundbesitzer verdrängen eine Milchperge, wenn die Groß-Berliner Gemeinden nicht bis 1. Oktober die bündige Erklärung über ihre künftige Ernährungspolitik, also eine Zusage geben, die nach der Gemeinverfassung und der tatsächlichen Lage der Verhältnisse niemand abzugeben in der Lage ist. Damit scheint ein System der Ausdehnung im Innern geplant zu sein, das unter Umständen noch weit schädlichere Folgen zeitigen kann, als die übliche Ernährung, die wir früher erlebt haben. (Große Umrahmung, die die Redner in diesem Groß und Winter die Kinder und Kranke der Groß-Berliner noch weniger Milch erhalten... (Rebelle Entrüstungsrufe). So liegt für jedermann die Ursache klar zutage. Wer es mit unfreiem Worte gut meint, sollte einen solchen lächerlichen Plan nicht mit allen Kräften entgegenstellen. Selbst heute einseitige Landwirte müßte sich sagen, daß solcher Zustand das eigene Land mit einer Welle des Unheils überzieht. Möchte diese Erkenntnis Zaten zeitigen, solange es noch Zeit ist! (Beifalles Bravo).

Der Verhandlungsbericht.

Zur Beratung hand folgender Antrag, den die Stadtverordneten Rat der Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dasjenige Gemüße, Obst und sonstige Lebensmittel, die von den Großhändlern nicht abgenommen werden, der Milchwirtschaft in den Marktstellen zu billigen Preisen anzubieten, um dadurch die Gemeinde vor der Zwangsbeschaffung, einen Druck auf die Großhändler auszuüben, preisgemäß zu liefern und dadurch der mangelnden Bevölkerung billige Lebensmittel zu schaffen.

Darauf hatte die demokratische Fraktion durch Stadtverordneter Galt noch beantragt, den Kleinhandlern über Kleinhandlungsvereinigungen dasjenige Gemüße, Obst oder diejenigen Lebensmittel, die von den Großhändlern nicht abgebet werden, zuzuwenden.

Zur Begründung nahm Stadtverordneter Meißner (Bürgerl. B.) das Wort. Er führte aus: „Der Antrag ist ein sehr wichtiger, der sich umso mehr empfehlen läßt, je mehr man weiß, daß Berlin sich in der Lage befindet, die Lebensmittelversorgung zu sichern. Berlin soll, so würde behauptet, aus der Gemeinverfassung voriges Jahr einen

ein System der Ausdehnung im Innern geplant zu sein, das unter Umständen noch weit schädlichere Folgen zeitigen kann, als die übliche Ernährung, die wir früher erlebt haben. (Große Umrahmung, die die Redner in diesem Groß und Winter die Kinder und Kranke der Groß-Berliner noch weniger Milch erhalten... (Rebelle Entrüstungsrufe). So liegt für jedermann die Ursache klar zutage. Wer es mit unfreiem Worte gut meint, sollte einen solchen lächerlichen Plan nicht mit allen Kräften entgegenstellen. Selbst heute einseitige Landwirte müßte sich sagen, daß solcher Zustand das eigene Land mit einer Welle des Unheils überzieht. Möchte diese Erkenntnis Zaten zeitigen, solange es noch Zeit ist! (Beifalles Bravo).

Der Bericht von 27 Millionen Mark

Erzählt haben. Ein großer Teil des Gemüße, wie Zwiebeln und Kartoffeln, wären durch unangenehme Behandlung verdorben. Große Mengen Dörrgemüse wären als Verderbtes verkauft worden. Der Redner bemängelte es, daß die Preispläne vom 1. Oktober zum 1. November zu groß sei. An dieser Strenge sei nämlich der ganze amtliche Apparat mit seinen geringen Mitteln beteiligt, während der Großhändler nur seine geringe Provision bekomme. Die Wirtschaftlich arbeitend hundertmal schneller als die amtlichen Stellen. Wächtig Sonderverträge müßten an den Großhändlern geschlossen werden. Auf diese Weise ließe sich ein wirtschaftlicher Wärgar der Zwangsbeschaffung beschaffen. Ferner sei eine scharfe Kontrolle des Kleinhandels am Platze.

Der Bericht von 27 Millionen Mark. Ein großer Teil des Gemüße, wie Zwiebeln und Kartoffeln, wären durch unangenehme Behandlung verdorben. Große Mengen Dörrgemüse wären als Verderbtes verkauft worden. Der Redner bemängelte es, daß die Preispläne vom 1. Oktober zum 1. November zu groß sei. An dieser Strenge sei nämlich der ganze amtliche Apparat mit seinen geringen Mitteln beteiligt, während der Großhändler nur seine geringe Provision bekomme. Die Wirtschaftlich arbeitend hundertmal schneller als die amtlichen Stellen. Wächtig Sonderverträge müßten an den Großhändlern geschlossen werden. Auf diese Weise ließe sich ein wirtschaftlicher Wärgar der Zwangsbeschaffung beschaffen. Ferner sei eine scharfe Kontrolle des Kleinhandels am Platze.

Der Bericht von 27 Millionen Mark

Die Unterbrechung in den drei Kriegsjahren betrage nur 18 Millionen Mark. Diese Summe sei bei dem leicht veränderlichen Wert des Gemüße ein nicht so hoher Betrag, wenn man berücksichtigt, daß der gesamte Umsatz 188 Millionen Mark betragen habe. Er bedauerte, daß die Unzuverlässigkeit zu beschaffen seien, daß der Preis nicht so geringe werden könne, zu liefern. Gemüße, namentlich Zwiebeln, die in der Öffentlichkeit vorhanden gewesen. Im Rahmen der unabhängigen Sozialisten sprach Stadtverordneter Galt. Er griff die Agrarier, die Großhändler und die Kleinhandeler an, die alle ein Interesse an den sehr hohen Gemüße-

Der Bericht von 27 Millionen Mark

Die Unterbrechung in den drei Kriegsjahren betrage nur 18 Millionen Mark. Diese Summe sei bei dem leicht veränderlichen Wert des Gemüße ein nicht so hoher Betrag, wenn man berücksichtigt, daß der gesamte Umsatz 188 Millionen Mark betragen habe. Er bedauerte, daß die Unzuverlässigkeit zu beschaffen seien, daß der Preis nicht so geringe werden könne, zu liefern. Gemüße, namentlich Zwiebeln, die in der Öffentlichkeit vorhanden gewesen. Im Rahmen der unabhängigen Sozialisten sprach Stadtverordneter Galt. Er griff die Agrarier, die Großhändler und die Kleinhandeler an, die alle ein Interesse an den sehr hohen Gemüße-

Der Glückspilz.

(K. Fortsetzung.)
Nomen (Wahnsinn verboten.)
Mitterabend.
Also beschert, verliehen die Herren nun Wädelmanns Heim. Frau Stolpe lernte reich noch ein weiteres Klässchen. Sie war gerührt, klopfe Wädelmann auf die Schulter und sagte, daß er jetzt wisse, wie es Gälten ergehen in einem Heim, wo Frauenhände im Hintergrund schafften und wählten. Martin beugte sich, zurück in sein Arbeitszimmer zu kommen. An seinen Schreibtisch.
„Gut als er auf gewöhnlich Selbst nahe gerückt war, bemerkte er, daß er vor einem Pianola saß.“
Eufendend Umfuhru ließ ihn den Schreibtisch im Winkel neben der Tür finden.
Schon öffnete sich die Tür, und Frau Stolpe kam hingeschleift. Wohlwollend, daß hier Aufführung vorkommen.
Das Pianola war ein hochgelegenes von Winters. Eine hochbare Leberzählung. Schon ein Gemampfen wäre ein hochanständiges Geigen gewesen. Ein Pianola war der Gipfel der Robuste. Auch dazu aus euktem Uforn. Oder war es Klarer? Jedemfalls ein hochbarer Baum, der weiter unten im Süden gefällt wurde. Gar nicht zu sprechen von dem Tonklang. Als bestimten Weiser konnte man aufsehen.
Daher hatte sich Frau Stolpe auch die kleine Umwälzung erlaubt. Ein so föhndes Instrument gehörte doch ins volle Tageslicht. Der Schreibtisch dagegen, aller Fleiß in Ehren, war wirklich kein Staatskündel. Zumal er selber nicht einmal hatte geübt und lackiert werden dürfen.
Wädelmann begann sich. Es galt, der herzensguten Frau auf nicht verlebte Weise klar zu machen, daß der Schreibtisch wieder zurück an seinen Platz müßte. Er wünschte keinesfalls fürwahrhaftig, wenn auch falsch angewendet, mit Schweißfüß zu verfehlen.
Frau Stolpe war dieses anhaltende Schweigen des Stolzes und der Leberzählung föhndig beleidigt.
Sie machte darauf aufmerksam, daß es doch nur eine Freude sein müße, sich jederzeit bei der Arbeit ein wenig Müßel ver-

schaffen zu können. Und zwar nur mittels einiger, schnell erlernbarer Kunstschreiner und geschickter Geisse. Müßel erleichtere doch Geist und Seele. Wie Müßel ginge doch alles noch einmal zu gut.
Taten bedeuten mehr als Worte. Frau Stolpe, gewillt, der einseitigen Unterhaltung die Befähigung zu geben, tauchte ihre fleischigen Hausfrauenhände in das Innere des Pianolas. Vorsichtig tastend und doch selbst. Wie wenn es gälte, sich dem Geigen einer Stoppung zu nähern.
„Dir zu Ehren wusch einen Klässler“, sagte sie. „Den Wasser aus der „Puppensee“.“
Wädelmann bat um Aufhören. Er wollte nur einige dringende Notizen am Schreibtisch erledigen.
Frau Stolpes Entschädigung wahrnehmend, entschuldigte er sich herzlich. Verheißerte, daß seine volle Müßel vorliege. Er wäre nur eben noch nicht gewohnt, bei Müßel zu arbeiten.
Frau Stolpe gab gutwillig zu, daß man es niemanden vorwerfen könne, wenn er keinen Sinn für Müßel habe. Diese göttliche Gabe müßte angeboren sein.
Dahing rühte Martin den Sessel an den Schreibtisch. Es galt nur wenige Gedanken zu stützen, nur einige Sätze, aber grundlegend für ein neues Kapitel, das ihm klar geworden während der Wahnsinn an Mariannes Seite.
Das wenige Dicht, das bis hierher drang, nahm ihm jedoch der eigene Miden. Er tastete vorsichtig nach dem Federhalter. Auf seinem Schreibtisch müßte er wirklich im Dunkeln Bescheid wissen. Da hatte seine Schwiegermutter durchaus recht. Aber etwas Bescheidenes, Unbekanntes kloppte ihm klochend die Nase. Er mußte schuldig stehen.
Eine Flaumfeder war die Ursache. Ein Strauß davon schmückte die Blumenkase neben Mariannes Bildnis.
Frau Stolpe lachte. Sie hatte sich insulieren mit dem Staumtuch an des Pianolas labellerer Voltur beschaffen. Sie vermutete. Wädelmann habe in Zerstreutheit an den Flaumfedern riefen wollen. Sie waren nämlich der Erfolg für die Noien, die von ihm gewöhnlich. Rosen hatten sie ja genug auf dem Lande gehabt. Frau Stolpe hatte es daher praktischer gefunden, an ihre Stelle Flaumfedern zu setzen und buntpfeiferte Trochubunbunbun, ebenso reizend wie modern und dauerhaft. Durch die ganze Wohnung waren sie geschickt verteilt.

Kriegsbeschädigte und auch viele Frauen angezogen. Diese hätten bald den halben Sitzungssaal und machten ihrer Erregung in lauten den Rufen Luft. Auch auf den Tribünen wurde geklärt. Die Zuhörer verlangten, daß sich die Verlesung sofort mit den Forderungen der Kriegsbeschädigten beschäufte. Die Sitzung wurde unterbrochen und Polizei befehlt das Rathaus. Nach der Wiedereröffnung der Sitzung legte der Mann von neuem ein. Die unabhängigen Sozialdemokraten gerieten mit den Reichstagsmajorsitäten in ein heftiges Wortgefecht, das förmlichen Charakter annahm. Die Unabhängigen verlangten, daß die Polizei der Sitzungssaal verlassen müße. Der Bürgermeister erwiderte, Gewalt müße gegen Gewalt gesetzt werden. Die Kriegsbeschädigten lärmten und schrien aber weiter und erreichten endlich, daß ihre Wortführer angehört wurde. Die Verlesung beschloß dann, eine Kommission mit der Prüfung der vorgebrachten Forderungen zu beauftragen.

Wie die Zwangseinquartierung vor sich geht.

Beschlüsse Aufnahmebeschleunigungen.
Saum ist die Zwangseinquartierung verläßt worden. So haben bereits glatte Betrüger die Gelegenheit genutzt, um durch gefälschte Bescheinigungen des Wohnungskamtes Aufnahme in größeren Wohnungen zu erwirken, um dann ihre Gastgeber entweder zu beschlehen oder zu argenbeine andere Art zu lächigen. In vielen Fällen haben diese Schwindler sogar in Wohnungen vorgedrungen, mit deren Besitzern über die Bescheinigung noch gar nicht verhandelt worden ist. Um diesen Betrügeren ein für allemal einen Riegel vorzusetzen, teilte der Magistrat mit, wie bei der Zwangseinquartierung vorgegangen wird:
„Die Wohnung wird zunächst durch Beamte der Wohnungsinspektion, die sich durch einen von dem Direktor des Wohnungskamtes unterzeichneten Ausweis legitimieren, besichtigt; es wird abgemittelt mit dem Wohnungsinhaber verhandelt. Gegebenenfalls geht diesem voraus eine Mitteilung der Wohnungsinspektion zu, daß die ihm bezugene Räume beschlagnahmt seien. Die Einweisung erfolgt durch Bescheinigung der Inspektion, die dem Eingewiesenen mitgegeben wird. In Zweifelsfällen dürfte es sich empfehlen, durch telefonische Nachfrage bei der zuständigen Wohnungsinspektion über Magistrat Berlin — Wohnungskamt — festzustellen, ob eine ordnungsgemäße Bescheinigung vorliegt.“

Zur Befehdung der Wohnungskamt läßt die Stadt Rentkassa verschiedene Wohnhäuser in der Gegend von und am Bahnhof Charlottenhöhe errichten. Um nun bei der immer stärker werdenden Wohnungsmangel mit möglicher Beschleunigung Wohnungen zu schaffen, hat der Magistrat beschloßen, auf dem höchsten Gelände am Marienborfer Weg vier Wohnhäuser mit insgesamt 24 Wohnungen herzustellen. Die überschüssigen Kosten der Solchhäuser bestreiten sich auf 250 000 Mark. Für die Unterbringung von Büreuzimmern sollen ferner, da die Wohnhausweiterung augenblicklich nicht in Angriff genommen werden kann, der Solchhäuser mit etwa 25 Räumen in der Gungahofstraße neben der südlichen Straßenseite mit einem Kostenaufwande von 150 000 Mark hergestellt werden.

Bürgerbund Groß-Berlin. In einer Verlesung des geschäftsführenden Ausschusses des Bürgerbunds von Groß-Berlin und der Delegierten von 32 Berliner Gewerkschaften erfolgte der Beschlusseßlich zu einem einheitlichen Bürgerbunde von Groß-Berlin unter Aufsicht der Reichsregierung. Ehemalige Bürgerbünde als Orts- beziehungsweise Bezirksbünde. Ehemalige Gewerkschaften als Orts- beziehungsweise Ortsbünde. Ferner erfolgte die Beschlußfassung über die Schöpfung der neuen Organisation, an deren Spitze der Bürgerbund von Groß-Berlin steht.

Sozialdemokrat und Reichspräsident. Der Bund der Sozialdemokraten Deutschlands hatte für gestern eine Verlesung einberufen, in der zahlreiche Redner die zum größten Teil geschäftsführenden Redner der Sozialdemokratie zum Ausdruck brachten. Unter anderem wurde vorgeschlagen, die Güte für einige Zeit als Zeichen des Protestes gegen die Verlesung und Beschränkung der Zensurlaubnis zu schließen. Ein Redner empfahl, sich an den Reichspräsidenten zu wenden, der selbst einige Jahre lang eine Geschäftsführung in Bremen betriebe, und somit die Bedeutung des Gewerkschaftsgewerbes an eigenen Väter erfahren habe. Dieser Vorschlag fand Anklang. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Die Bundesversammlung stellt mit tiefstem Bedauern fest, daß der Minister den Verhältnissen im Sozialgewerbe nicht vorurteilslos gegenübersteht; und nicht gewillt ist,

Jetzt mußte Martin, was ihm bei dem Empfang gesagt hatte, richtig der Rosenkranz.
Frau Stolpe legte ihm beide Hände auf die Schulter, suchte ihn lächelnd in die Augen zu sehen und erinnerte ihn daran, daß man nun sein Glück nicht mehr für etwas fortwerfen dürfe, das morgen schon in den Reichslicht gehöre.
Und lästerte ihm ins Ohr, daß er nun eine Familie werden sollte.
Das war die erste Anspielung auf die Hoffnung wunderbaren Glücks.
Bewegt küßte Martin die werktätigen Hände von Mariannes Mutter.
Frau Stolpe war entsetzt, daß die kleine Arrangementsveränderung im Studierzimmer also besprochen und erledigt war.
Sie strich diesem musterhaften Schwiegersohn herzlich über die schmale Gekörtemange und bat ihn, auch die anderen Räume in Augenschein zu nehmen. Alles blühe vor Sauberkeit.
In Martin wurde es plötzlich wieder hell. Er freute sich auf den japanischen Holzschmitt an der Wand. Er erinnerte sich wieder, daß in allen Zimmern Mariannes sein werde. Und daß Frau Stolpe ja nur ein Lieber Besuch wäre. Sozulagen etwas Vordrübergehendes.
Berechnungen im Privatleben sind selten so föhndig, wie Aufstellungen im unerbittlichen Weltkram. Auch die Wädelmann hat ihre Grenzen.
Als draußen endlich der erste Stern aufging und Martin sich erhob, keine Frau Schwiegermutter beimgeleiteten zu dürfen, kam noch die größte Leberzählung dieses Tages.
Man brauchte nur die Tür der Küche von der anderen Seite zu betreten, um vor dem neuen Heim der Frau Stolpe zu stehen.
Der Zufall hatte es so gewollt, daß die kleine Wohnung dort frei geworden. Gewohnte Bequemlichkeit hätte man aufgeben, um seinen Kindern helfen zu können, wo es not ist. In einem weltfremden Professoren zu zeigen, was eine erprobene Gattin für eine junge Ehe bedeuten könne.
Aber man wollte sein Wort des Dankes höre. Kein einziges.
Und Martin schwieg... (Fortsetzung folgt.)

